

# **RUNDFUNKMONOPOL**

**Zur Zulassung privater Fernsehveranstaltungen**

**VON**

**o. Professor Dr. Peter Lerche  
München**

**1970**

**Alfred Metzner Verlag Frankfurt am Main · Berlin**

# Übersicht

Seite

A. Ausgangsfragen . . . . .	9
1. Gang der Untersuchung . . . . .	9
2. Die technische Prämisse . . . . .	9
3. Die unterverfassungsgesetzliche Ausgangslage . . . . .	11
a) nach dem FAG . . . . .	11
b) Veranstaltungsmonopole . . . . .	12
aa) Regelung der Landesgesetze . . . . .	12
bb) Auflockerung zum Oligopol . . . . .	13
c) Öffentlichrechtliche Struktur . . . . .	13
B. Kabelfernsehen und Rundfunkbegriff . . . . .	14
1. Die Doppelseitigkeit des Rundfunkbegriffs . . . . .	14
2. Kabelfernsehen und fernmelderechtlicher Rundfunkbegriff . . . . .	15
3. Kabelfernsehen und kulturell-rechtlicher Rundfunkbegriff . . . . .	17
a) Eingeschränkte Bedeutung der landesrechtlichen Normen . . . . .	17
b) Kabelfernsehen als Rund-„Funk“ . . . . .	18
aa) Landesrechte . . . . .	19
bb) Grundgesetz . . . . .	21
c) Kabelfernsehen als „Rund“-Funk . . . . .	22
aa) Der Bezug zur „Allgemeinheit“ in der gesetzlichen Terminologie . . . . .	22
bb) Geschichtliche Herkunft . . . . .	23
cc) Problematik des Kabelfernsehens . . . . .	25
aaa) Adressierung . . . . .	25
bbb) Programm (wertmäßig-materiale Allgemeinheit) . . . . .	25
ccc) Allgemeinheit als beliebige Öffentlichkeit . . . . .	27
ddd) Insbesondere: Allgemeinheit und Kabelfernsehen . . . . .	28
dd) Zusammenfassung . . . . .	31
C. Die Erfolgsaussicht von Anträgen auf Genehmigung privater Kabelfernsehveranstaltungen . . . . .	31
1. Bei unterstelltem Fortbestand der tatsächlichen Situation des Fernseh-Urteils . . . . .	32
2. Bei unterstellter relevanter Veränderung der tatsächlichen Situation . . . . .	32

	Seite
a) Vorfragen . . . . .	33
aa) Verwerfungskompetenz der Verwaltung? . . . . .	33
bb) Übertragung von Hoheitsrechten? . . . . .	33
b) Notwendigkeit gesetzlicher Regelung . . . . .	34
aa) Aus Art. 5 GG . . . . .	34
bb) Der Gesetzgeber als Adressat dieses Auftrags . . . . .	35
cc) Ergebnis . . . . .	36
c) Entbehrlichkeit eines Konzessionsantrages? . . . . .	36
d) Vorläufige Bestandskraft der gegebenen Normen . . . . .	39
aa) Evidenz? . . . . .	39
bb) Gerichtliche Kontrollweite . . . . .	40
cc) Schonfrist . . . . .	40
dd) Stabilisierungsfunktion . . . . .	40
 D. Rundfunkmonopol und Verfassung	 41
 I. Rundfunkmonopol und Art. 5 Abs. 1 GG im Lichte des Fernseh-Urteils . . . . .	 41
1. Begriffliche Vorfragen . . . . .	41
a) Das Monopol als allgemeiner Sachverhalt . . . . .	42
b) Rechtliches und faktisches Monopol . . . . .	43
2. Das Fernseh-Urteil. Darstellung . . . . .	44
3. Folgerungen aus dem Fernseh-Urteil: Die Zulässigkeit des Rundfunkmonopols heute . . . . .	45
a) Die allgemeine Tragweite des technischen und finanziel- len „Vorbehalts“ . . . . .	45
b) Meinungsmonopol und Veranstaltungsmonopol . . . . .	47
c) Das Fernseh-Urteil – letztes Wort zum Rundfunk- monopol? . . . . .	50
aa) Prozessuale Bedenken . . . . .	50
bb) Institutionelle und individualgrundrechtliche Gehalte	51
 II. Der Rundfunk als Verwaltungsmonopol in seiner prinzipiellen verfassungsrechtlichen Problematik . . . . .	 52
1. Grundlagen: Die Monopolrechtsprechung insbesondere des BVerfGes. Darstellung . . . . .	52
a) BVerfGE 1, 264 ff. – Kehrmonopol . . . . .	52

b) BVerfGE 9, 73 ff. – Apothekenmonopol . . . . .	53
c) BVerfGE 10, 141 – Zwangsfeuerversicherung . . . . .	54
d) BVerfGE 14, 105 – Branntweinmonopol . . . . .	55
e) BVerfGE 21, 245; 21, 261; 21, 271 – Arbeitsvermittlungsmo- nopol . . . . .	56
aa) E 21, 245 . . . . .	56
bb) E 21, 261 . . . . .	57
cc) E 21, 271 . . . . .	57
f) Gesamtbild . . . . .	58
2. Allgemeine Verfassungsentscheidung für oder gegen das Verwaltungsmonopol? . . . . .	58
a) Rechtstradition? . . . . .	58
b) Wirtschaftsverfassung? . . . . .	61
c) Sozialstaatsprinzip? . . . . .	62
d) Subsidiaritätsprinzip? . . . . .	66
e) Finanzmonopole als Modell? . . . . .	68
3. Zwischenergebnis . . . . .	68
4. Zwingende Notwendigkeit als Voraussetzung oder organi- satorischer Spielraum? – die zentrale Frage . . . . .	69
III. Organisatorischer Spielraum des Gesetzgebers und Individual- grundrechte im einzelnen . . . . .	74
1. Vorfragen . . . . .	74
a) Art. 12 Abs. 1 GG prinzipiell einschlägig? . . . . .	74
b) Spezialität des Art. 5 Abs. 1 GG? . . . . .	75
2. Organisatorischer Spielraum „in“ den Individualgrund- rechten . . . . .	77
a) Allgemeines . . . . .	77
b) „Berufsbild“ und Gesetzgeber . . . . .	79
aa) Entwicklung der Judikatur . . . . .	80
bb) Anwendung im Rundfunkbereich . . . . .	82
cc) Zu möglichen Einwendungen . . . . .	82
aaa) Private Funkveranstalter als Berufsbild? . . . . .	83
bbb) Insbesondere zum maßgeblichen territorialen Bereich . . . . .	84

ccc) Insbesondere das Gewicht der realen Entwicklung . . . . .	84
ddd) Verhältnis zu etwaigen Neuerrichtungen von Monopolen . . . . .	85
c) „Staatlich gebundene“ Berufe und Gesetzgeber . . . . .	86
aa) Entwicklung der Judikatur . . . . .	86
bb) Verhältnis zum Rundfunkbereich . . . . .	88
cc) Insbesondere: Begrenzung der Organisationsmacht . . . . .	88
aaa) „Öffentliche Aufgabe“ als allgemeine Grenze . . . . .	88
bbb) Spezifische Sperren . . . . .	89
ccc) Die Problematik der Bestimmbarkeit der öffent- lichen Aufgaben . . . . .	90
ddd) Staatsoriginäre Aufgaben . . . . .	90
eee) Sonstige öffentliche Aufgaben . . . . .	90
fff) Verwertbarkeit im Rundfunkbereich . . . . .	91
d) „Zwangsverbände“ und Gesetzgeber . . . . .	93
3. Schutz vor „Manipulation“ . . . . .	96
4. Verhältnis zu den individualrechtlichen Gehalten des Art. 5 GG . . . . .	98
a) Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG . . . . .	98
b) Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG . . . . .	99
E. Ausschluß etwaiger Privatisierung <sup>2</sup> . . . . .	102
I. Das Prinzip . . . . .	102
II. Privatisierung und Kommerzialisierung . . . . .	104
III. Praktikabilität und Effizienz einer Privatisierung . . . . .	106
Hauptergebnisse zu Teil D und E der Untersuchung . . . . .	107